

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
FDP-Ratsgruppe im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der CDU-Fraktion und der FDP-Ratsgruppe
hier: Einrichtung der "Sicherheitskonferenz für das Bahnhofsareal"

Beratungsfolge:

06.05.2021 Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt

1. zeitnah die „Sicherheitskonferenz für das Bahnhofsareal“ gemeinsam mit der Polizei Hagen, der Bundespolizei, dem Bahnhofsmanger, der Arbeitsagentur, dem Jobcenter und der örtlichen Gastronomie sowie dem Hagener Entsorgungsbetrieb (HEB), der HAGEnagentur, der SIHK und dem Einzelhandelsverband einzuberufen. Kurzfristiges Ziel ist es, möglichst zügig, koordiniert und wirkungsvoll das subjektive Sicherheitsempfinden im Bahnhofsumfeld (Hauptbahnhof, Bahnhofsvorplatz, Graf-von-Galen-Ring, Bahnhofsstraße sowie Straße Am Hauptbahnhof) zu verbessern. Darüber hinaus soll ein gemeinsam getragenes Konzept zur Aufwertung des Areals entwickelt werden.

2. bereits vorab mit der Bundespolizei in Kontakt zu treten. Dabei soll geklärt werden, ob die Bundespolizei nicht kurzfristig mit verstärkter Präsenz und zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes eingesetzt werden können.

3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Rahmen seiner alleinigen Zuständigkeit durch Umsetzungen beim Personaleinsatz innerhalb der Verwaltung die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ordnungsamt vorübergehend aufzustocken, bis sich die Situation am Hauptbahnhof wieder entspannt hat.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

keine Auswirkungen (o)